

gab in seinem Fernsehinterview sehr deutlich zu verstehen, daß darüber keine Illusionen möglich sind. Man würde aber die Bedeutung der Kontroverse völlig mißverstehen, wollte man sie nur am Gewicht der Zölibatsfrage messen. Dahinter steht in der Tat die vom Kardinal in seiner Haager Predigt angedeutete und verschieden interpretierbare Spannung im Verständnis des Petrusamtes durch Rom und durch die niederländische Kirche einschließlich des Episkopats. Sollte diese Spannung fruchtbar durchgehalten werden,

dürfte von einer langfristigen Klärung auch die Gesamtkirche für eine weniger zentralistische Primatsausübung Nutzen ziehen. Angesichts dieses Hintergrundes wird mancher bedauern, daß die Frage der Beziehungen zwischen Primat und Episkopat gerade in die Kontroverse um den Zölibat geraten ist. Aufgrund der bisherigen Tradition der lateinischen Kirche ist die Aussage des Kardinals, Pluriformität in der Zölibatsfrage sei (wenigstens im gegenwärtigen Augenblick) nur schwer verwirklichtbar, vollauf verständlich.

Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 66). Weiter fiel damals der Satz vom „guten Katholiken“, der zugleich „guter Staatsbürger“ sein könne. Der Papst hatte damals seinerseits auf die staatsfördernde Wirkung der kirchlichen Tätigkeit, also auf das Eigeninteresse Jugoslawiens angespielt. Im Tauziehen um die Nachfolge des Erzbischofs von Zagreb, *F. Šeper*, der 1968 als Präfekt der Glaubenskongregation nach Rom berufen wurde, aber erst im Sommer 1969 auf seinen Amtssitz endgültig verzichtete, scheint Belgrad mit der Zustimmung zur Ernennung des bisherigen Apostolischen Administrators *F. Kušarić* am 17. Juni 1970, der dem Regime früher als eine Art „zweiter Stepinac“ galt, nachgegeben zu haben. Die Verzögerung der Rangerhöhung der beiderseitigen Vertretungen, die bereits seit Ende 1969 für das Frühjahr 1970 angekündigt worden war, deuten Beobachter damit, daß Belgrad erst die *Zustimmung der einzelnen Teilrepubliken* einholen wollte.

Titos Frieden mit dem Vatikan

Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg kam es Mitte August durch einen Notenaustausch zwischen Belgrad und dem Vatikan zur *Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen* zwischen einem kommunistisch regierten Land und dem Apostolischen Stuhl. Damit wurde der bisherige Apostolische Delegat des Vatikans, Erzbischof *M. Cagna*, zum Pro-Nuntius und der jugoslawische „Regierungsgesandte“ beim Vatikan, *V. Čvrlje*, zum Botschafter ernannt, beide genießen nunmehr vollen diplomatischen Status, auch wenn der vatikanische Vertreter als Pro-Nuntius nicht zugleich Doyen des diplomatischen Korps ist, womit ein für ein sozialistisches Land wohl heikles Problem umgangen wurde. Dem Notenaustausch folgte am 24. August ein Besuch des Sekretärs des vatikanischen Amtes für öffentliche Angelegenheiten, *A. Casaroli*, in Belgrad, der schon das Protokoll von 1966 mit Jugoslawien ausgehandelt hatte. Nunmehr dürfte auch dem seit langem geplanten Besuch Titos im Vatikan nichts mehr im Wege stehen.

die Ernennung des 1946 inhaftierten Erzbischofs *A. Stepinac* zum Kardinal die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ab. Das Jahr 1960 leitete durch die Eingabe eines bischöflichen Memorandums an die Zentralregierung zur „Normalisierung“ des beiderseitigen Verhältnisses sowie durch die Anerkennung der Religionsgesetzgebung von 1953 durch den Episkopat eine zweite Phase der Entspannung ein. Die 1964 wieder aufgenommenen Kontakte zwischen Belgrad und dem Vatikan führten schließlich am 25. Juni 1966 zum *Abschluß eines Protokolls* und zum Austausch der bisherigen quasi-diplomatischen Vertretungen (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 410). Belgrad erzielte damals als wichtigsten Punkt die Verurteilung „jeder Form politischen Terrors“ durch den Vatikan, „gleich, wer ihn verübt“, und des „Mißbrauchs“ religiöser und kirchlicher Funktionen zu politischen Zwecken, womit offenbar die Beteiligung von Priestern an den Aktionen der politischen Emigration wie an separatistischen Bestrebungen in Kroatien und Slowenien verhindert oder zumindest eingedämmt werden sollte. Die Kirche erhielt ihrerseits Kultfreiheit, Jurisdiktionsfreiheit und ungehinderten Kontakt zu Rom zugestanden. Eine ganze Reihe von Reibungsflächen zwischen Kirche und Staat blieben jedoch. Dies bestätigte indirekt auch die Aussage von Ministerpräsident *M. Spiljak* anläßlich seines Vatikanbesuches im Januar 1968, wonach die im Protokoll von 1966 grundgelegten beiderseitigen Beziehungen „zur Zufriedenheit beider Partner“ noch weiter verbessert werden könnten (vgl.

Was bezweckt Belgrad?

Dem Vernehmen nach soll die Initiative zur vollen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen stärker von jugoslawischer Seite als von Rom ausgegangen sein. Die Motive dafür waren nicht immer ganz klar. Sicher ist dem Regime daran gelegen, im innenpolitischen Streit zwischen Belgrad und Slowenien und Kroatien um zentralisierte oder dezentralisierte Wirtschaftsreform und um größere Mitsprache der Teilrepubliken bei außenpolitischen Entscheidungen die Katholiken und den Klerus dieser autonomistisch denkenden Republiken durch Zugeständnisse an die Kirche politisch soweit wie möglich für sich zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren. Aber auch außenpolitisch verspricht sich die Regierung durch ein begrenztes Zusammenspiel mit dem Vatikan auf dem Gebiet der blockfreien Politik und gegenüber Entwicklungsländern einen Prestigegewinn. Nach dem offiziellen KP-Organ „Borba“ habe die „positive Einstellung“ des Vatikans zu den weltpolitischen Fragen diese völlige Normalisierung der Beziehungen herbeigeführt. Möglicherweise stehen auch Kräfte hinter diesem Schritt, die bei Aufrechterhaltung unaufgebarbarer Positionen

Ein langsamer Entspannungsprozeß

Die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und dem Vatikan verdeutlicht den gegenwärtigen Stand der Entspannung und Liberalisierung zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien. Sie ist das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses. Eine erste Auflockerung war bereits 1950/51 im Gefolge des politischen Bruchs Titos mit Moskau eingetreten. 1952 brach Belgrad aber in Reaktion auf

jene Tendenzen innerhalb der Kirche stärken möchten, die für eine „reale Beurteilung des Selbstverwaltungssozialismus eintreten und einen neuen Platz für die Kirche in der Gesellschaft suchen“, wie Z. Frid, Berater des kroatischen ZK des Bundes der Kommunisten in Kirchenfragen feststellte (vgl. Odgoj, škola - religija, crkva, Zagreb 1969). So ist auch nicht auszuschließen, daß gewisse vorerst wohl noch mehr unter den Führungsspitzen von Partei und Regierung vorhandene Tendenzen auf eine Überwindung der bisherigen unfruchtbaren Frontstellung von behauptetem oder wirklichem Klerikalismus und Staat hinstreben und sie durch ein gewisses wenn auch klar abgegrenztes Miteinander in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen ersetzen möchten.

Reibungspunkte, die bleiben

Trotz dieser zunehmenden Liberalisierung bleibt auf seiten der Kirche ein ganzer *Katalog von Wünschen* offen, an denen sich entscheiden wird, wieviel Jugoslawien am Frieden nicht nur mit dem Vatikan, sondern auch mit der Kirche gelegen ist. Dazu zählen u. a. die Aufhebung der Beschränkung des Religionsunterrichts (bisher nur in Kirchen und Sakristeien möglich), die kirchliche Forderung nach Anerkennung kirchlicher Feiertage, die Beseitigung der gesellschaftlich-politischen Diskriminierung aktiver Katholiken, denen ein Aufstieg in führende Positionen nach wie vor verwehrt ist, ungehinderte Kranken- und Gefangenen-seelsorge, die Opposition der Kirche gegenüber dem staatlichen Abtreibungsgesetz, die Zuteilung von Radio- und Fernsehendezeiten an die Kirche. Auf einigen Gebieten wird sich Belgrad zu Zugeständnissen bereit finden. So willigte es jetzt ein, die Theologiestudenten erst nach Abschluß ihres Studiums zum Militärdienst einzuziehen. Auch hat Radio Zagreb zum erstenmal nach dem Krieg am 21. Juni 1970 ein Interview mit dem Dekan der Theologischen Fakultät, dem Franziskanerpater T. Sagi-Bunić, über kirchliche Probleme und Strömungen ausgestrahlt. Andererseits wurde jedoch — im Widerspruch zur bisherigen Linie gegenüber der Kirche — am 19. Februar 1970 eine Nummer von „Glas Koncila“, die den Artikel des „Osservatore Romano“ vom 11. Februar

anlässlich des zehnten Todestages von Kardinal Stepinac unverändert nachgedruckt hatte, beschlagnahmt. Aufs Ganze gesehen, scheinen sich in der Einstellung gegenüber Religion und Kirche zwei Standpunkte gegenüberzustehen, ein kämpferisch atheistischer, der von einer Minderheit, und ein humanistischer, der von einer Mehrheit vertreten wird, die im Marxismus „keine Staatsideologie“ mehr sieht, die man „vor dem Christentum... beschützen muß“ (Odgoj, škola - religija, crkva, Zagreb 1969, S. 12). Der Stein des Anstoßes scheint in der Frage zu liegen, was schon als politische Tätigkeit der Kirche zu gelten hat und was noch rein religiösen Zielen dient. Da die Regierung die kirchliche Jugend- und Sozialarbeit (vor allem Erwachsenenbildung, Freizeittourismus, Sportveranstaltungen) oft als Übergriffe in den politischen Bereich ansieht, religiöse und Gesamterziehung, von der Kirche her gesehen, aber oft nicht zu trennen sind, wird es Konflikte auch in Zukunft geben. Der Spielraum der Kirche auf dem Erziehungs- und Informationssektor dürfte auch weiterhin begrenzt bleiben.

Ob und wie sich die Aussöhnung mit dem Vatikan auf die *zwischenkirchlichen Verhältnisse* auswirken, läßt sich schwer beurteilen. Wenn auch die Annäherung zwischen der serbisch-orthodoxen und der katholischen Kirche durch Dialog und praktische Zusammenarbeit im Prinzip begrüßt wird, da sie der Aussöhnung der beiden großen Religionsgemeinschaften des Landes und damit auch der innenpolitischen Entspannung dient, so wird sie dennoch mit wachsender Distanz beobachtet, da dadurch auch der allgemeine religiöse Einfluß in der Gesamtgesellschaft naturgemäß gestärkt wird. In den vergangenen Jahren vorhandenen Bestrebungen, vor allem auf dem Gebiet des Infor-

mations- und Nachrichtenaustausches zwischen den beiden Kirchen zusammenzuarbeiten, war nur ein kurzer Erfolg beschieden. Das Organ des orthodoxen Patriarchats, „Pravoslavlje“, stellte von sich aus den Nachrichtenversand an „Glas Koncila“ nach kurzer Zeit wieder ein. Den Hauptgrund für diesen Abbruch sah man darin, daß im Februar 1969 zwei Bischöfe der 1967 von der serbischen Orthodoxie abgespaltenen mazedonischen Kirche vom Papst und Kardinal F. Šeper anlässlich des 1100. Todestages des heiligen Cyrill in Rom empfangen wurden.

Kein Modell für Osteuropa

Kann das jugoslawische Beispiel auch als Modell für eine Normalisierung der Beziehungen *anderer kommunistischer Länder* mit dem Vatikan angesehen werden? Sicher liegt dem Vatikan daran, mit allen kommunistisch regierten Ländern einen wenn auch nur relativen Freiheitsraum zu erhandeln. Doch ist das jugoslawische Beispiel auf die übrigen Länder insofern nicht übertragbar, als diese viel stärker von Moskau abhängen und in ihrer eigenen Religionspolitik weiterhin viel kämpferischer antireligiös orientiert sind als das doppelsinnig „revisionistische“ Jugoslawien. Höchstens in Polen wäre aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Vorrangstellung der Kirche langfristig eine vergleichbare Lösung denkbar. Freilich wird eine solche „Normalisierung“ zwischen dem Vatikan und Polen ohne die Einsetzung einer permanenten nationalen Kirchenverwaltung in den polnischen West- und Nordgebieten kaum möglich sein. Hauptsächlich daran scheiterte wohl auch der für den 3. Mai 1970, dem höchsten religiösen Feiertag des Landes, geplante Papstbesuch in Polen.

Ökumenische Entwicklungskonferenz in Tokio

In der Herz-Jesu-Universität zu Tokio tagte vom 14. bis 22. Juli 1970 eine „Gipfelkonferenz“ besonderer Art. Es sagt zu wenig, daß sie gemeinsam von der Ostasiatischen Christenkonferenz (EACC) und von SODEPAX, dem gemeinsamen Ausschuß für Entwicklungsfragen der Kommission „Justitia et Pax“ und der Kommission „Kirche und Gesell-

schaft“ des Ökumenischen Rates, veranstaltet und daß sie von ca. 200 Delegierten aus dem asiatischen Raum, darunter auch Beobachtern anderer Religionen, beschickt wurde. Man muß zurückgreifen auf ihre beiden geschichtlichen Werdegänge. Was im Februar 1968 bei *Bangkok* von der vierten „Ostasiatischen Christlichen Konferenz“ gemeinsam mit